

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/08/2005
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 14.12.2005
Ort: CVJM, Märkischer Ring 101, 58095 Hagen
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anliegen der Jugendräte
3. Aufgabe der Nebenstelle des Gesundheitsamtes im Stadtteilhaus Vorhalle, Vorhaller Straße 36
Vorlage: 1023/2005
4. Ferienfreizeitmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales
Vorlage: 1028/2005
5. Antrag des Tagesmütterwerk Hagen e. V. zur Erhöhung des Personalkostenzuschusses
Vorlage: 0846/2005
6. Quartalsberichte der Offenen Ganztagschule 2004/2005
7. Offene Ganztagsgrundschule - Berichte der Starter I-Schulen
Vorlage: 1083/2005
8. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen.
Hier: Wegfall freiwilliger Leistungen beim Schulpsychologischen Dienst (55/M 07)
Vorlage: 1085/2005



9. Grundstück Römershof (für den Bau einer Kindertageseinrichtung vorgesehene Fläche)
Vorlage: 1044/2005
10. Förderung der Kinder- und Jugendarbeit
11. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Mitteilungen

Herr Steuber berichtet im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt 2006, dass Pressemitteilungen am heutigen Tage besagten, dass die Landesregierung beabsichtige, das Elternbeitragsausgleichsdefizitverfahren wegfällen lassen wolle. Dies würde für den Hagener Kindertagesstättenbereich in Form der erlassenen Elternbeiträge, die vom Land zu 50 % erstattet werden, lediglich eine Verschlechterung in Höhe von 6.300 € bedeuten.

Zum Anderen werde es auch im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit Auswirkungen geben. Die Beträge, die bereits für 2005 abgesenkt zur Verfügung gestellt worden seien, würden auch voraussichtlich für 2006 in dieser Höhe zur Verfügung gestellt werden. (**siehe Anlagen 1, 1a und 1b**)

Herr Dr. Schmidt fügt den Ausführungen von Herrn Steuber hinzu, dass landesweit im Rahmen des Landesjugendplanes 76 Millionen Euro abgesenkt worden seien. Der nach dem Bürgerentscheid vereinbarte Betrag liege bei 96 Millionen Euro. Das bedeute ein Delta von 20 Millionen Euro, das eigentlich für 2006 zugesagt worden sei.

Herr Fischer ergänzt, dass dies nicht nur ein zugesagter Betrag sei, sondern dass dieser auch im Kinder- und Jugendfördergesetz festgeschrieben sei. Das Land erfülle daher sein eigenes Gesetz nicht. Die Spitzenverbände auf Landesebene hätten Aktionen geplant und eine Volksinitiative sei zum richtigen Zeitpunkt angedacht. Alle Fraktionen sollten hier an einem Strang ziehen.

Herr Strüwer bittet Herrn Fischer, diesen Aufruf zu formulieren und schlägt vor, diesen unter dem neuen Tagesordnungspunkt 10 „Förderung der Kinder- und Jugendarbeit“ zur Abstimmung zu stellen. Er bedankt sich bei Herrn Steuber für



seine Ausführungen und geht davon aus, dass die Verwaltung bis zur Januar-sitzung aufarbeiten könne, welche Konsequenzen sich für Hagen ergäben.

Herr Kortmann informiert den Ausschuss darüber, dass der Städtetag Nord-rhein-Westfalen sich aus Gründen der Gleichbehandlung für eine Einbeziehung von Leistungsberechtigten der Grundsicherung für Arbeitssuchende in eine Befreiungsregelung bezüglich der Eigenanteile für Lernmittel und Schülerfahrtkosten ausgesprochen habe, aber auch gleichzeitig das Land aufgefordert habe, Kosten zu tragen.

Herr Fischer stellt dem Ausschuss das Projekt „Citykids“ vor. Es handele sich hier um einen Spendenaufruf für die Kinder- und Jugendarbeit in der Innenstadt auf kirchlicher Ebene.

Herr Goldbach teilt mit, dass geplant sei, sich im Januar 2006 mit allen Beteiligten zusammzusetzen, um die Planung eines behindertengerechten Kinderspielplatzes vorzunehmen.

2. Anliegen der Jugendräte

Herr Traut teilt mit, dass geplant sei, im nächsten Jahr einen gesamtstädtischen Jugendrat zu konstituieren.

Weiterhin würden die Jugendräte jeweils einen Vertreter zur Teilnahme an den Schulbereisungen entsenden. Hierzu werde noch eine schriftliche Mitteilung der Schulräte an die Schulverwaltung erfolgen.

Frau Lebuser freut sich, dem Ausschuss die Namen der Jugendratsvertreter mitteilen zu können. Es handele sich um Frau Alina Seefeldt und Herrn Matthias Kunz.

Desweiteren sei in den Jugendräten die Idee zu einer neuen AG der Öffentlichkeitsarbeit entstanden. Es solle ein Internetforum für Kinder und Jugendliche entstehen.

Abschließend lädt sie die Ausschussmitglieder zu einer Abschlusspräsentation zum Thema „Beteiligung der Jugendlichen an der Gestaltung des Flächennut-



zungsplans“ ein.

Diese finde am 02. Februar 2006 vor der Ratssitzung statt. Hierzu erfolge noch eine schriftliche Einladung.

**3. Aufgabe der Nebenstelle des Gesundheitsamtes im Stadtteilhaus Vorhalle, Vorhaller Straße 36
Vorlage: 1023/2005**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Dr. Schmidt möchte darauf hinweisen, dass in Vorhalle kein Kinderarzt zu finden sei.

Im Sozialausschuss sei vereinbart worden, Kontakt zu örtlichen Trägern aufzunehmen, um ein Gemeinschaftsangebot zu prüfen.

Frau Klos-Eckermann ergänzt, dass die Kinderarztversorgung in Vorhalle nicht ausreichend sei. Was in der Vorlage stünde, könnte ihres Erachtens so nicht unterstrichen werden. Frau Brück-Paschkow erwidert, dass die Situation nicht so dramatisch sei in Vorhalle. Der Erreichbarkeit der Ärzte sei gut und den Eltern durchaus zumutbar. Für Notfälle gebe es ja auch noch die Allgemeinmediziner. Eine adäquate Versorgung sei vorhanden. Hier sei vordergründig, dass die Mütterberatung von den Menschen nicht mehr in Anspruch genommen würde. Auf Nachfrage von Herr Gebauer teilt sie mit, dass es sich hier nicht mehr um Mütterberatung im klassischen Sinne handele, sondern die Eltern würden nun zu einer Untersuchung eingeladen. Von diesen Eltern seien nur die Hälfte gekommen. Es sei für die Menschen kein Problem, in das Rathaus II zu kommen, da dies auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen sei.

Herr Grzeschista erkundigt sich danach, ob schon feststehe, wie die Räumlichkeiten zukünftig genutzt würden.

Herr Strüwer geht davon aus, dass die Verwaltung diese Frage klären wird und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



4. Ferienfreizeitmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales
Vorlage: 1028/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Decker möchte wissen, in welcher Form die regelmäßigen Fortbildungsveranstaltungen für Betreuer stattfinden.

Herr Goldbach teilt mit, dass die Freizeitleiter in zwei Wochenendseminaren geschult würden. An weiteren Abendterminen würden die Freizeiten dann vorbereitet.

Eine weitere Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den Vorbereitungen der Ferienfreizeiten 2006 zu.
2. Der Jugendhilfeausschuss stimmt gemäß § 6 Abs. 3.7 der Satzung für das Jugendamt vom 24.02.1994 der Vergabe von Lieferungen und Leistungen für die Abwicklung der geplanten Ferienmaßnahmen für 2006 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Antrag des Tagesmütterwerk Hagen e. V. zur Erhöhung des Personalkostenzuschusses
Vorlage: 0846/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Gebauer erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt aufgrunddessen nicht an der Abstimmung teil.

Eine weitere Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.



Beschluss:

1. Das Tagesmütterwerk erhält ab 01.01.2006 einen um 18.000 € erhöhten Personalkostenzuschuss zwecks Aufstockung der Arbeitszeit der Sozialarbeiterinnenstelle von 19,25 auf 30 Stunden wöchentlich.
2. In der HHSt 4510 718 00004 Leistungen (Freie Träger für vertragliche Aufgabenübernahme) werden zusätzliche Mittel in Höhe von 18.000 € bereitgestellt.
3. Der beantragte Zuschuss für die Weiterbildungsangebote in Höhe von 10.000 € wird entsprechend dem realen Ausbau der Tagespflege auf spätere Jahre verlagert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Quartalsberichte der Offenen Ganztagschule 2004/2005

Frau Haack weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 6 und 7 zusammengehören und daher auch zusammen beraten werden müssten.

Der Vorsitzende ist damit einverstanden.

7. Offene Ganztagsgrundschule - Berichte der Starter I-Schulen Vorlage: 1083/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack nimmt Bezug auf die in der Vorlage zitierte Broschüre und weist auf die enthaltenen Qualitätsberichte der ersten 11 Ganztagschulen in Hagen hin. Es handele sich hier um einen ersten Probelauf.

Frau Gropp als Schulleiterin der Janusz-Korczak-Schule und Herr Fischer von der evangelischen Kirche als deren Kooperationspartner erläutern den Bericht anhand der o.g. Schule. (siehe auch **Anlage 2**)

Herr Fischer schließt seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass dringend **eine** Arbeitsgruppe benötigt werde, in der **alle** Beteiligten der offenen Ganztagschule



kooperierten.

Auf Bitte von Herrn Strüwer erläutert Herr Kortmann weitere Planungen und finanzielle Auswirkungen und nimmt dabei Bezug auf zwei ausgelegte Tabellen, die dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt sind.

Herr Strüwer bedankt sich bei Herrn Kortmann für dessen Ausführungen und stellt fest, dass die Realisierung der wünschenswerten pädagogischen Variante und den finanziellen Aufwendungen, die sich daraus ergäben, eine Menge Probleme aufwerfe, die dann noch zu lösen seien.

Er schlägt vor, die heutige Diskussion in dieser Angelegenheit als erste Lesung zu betrachten und diese erneut in der ersten Sitzung im Januar erneut zu beraten.

Frau Opitz teilt mit, dass das Land zum 01.02.2006 anteilig Lehrerstellen entsprechend der Schülerzahlen zugewiesen habe. Das mache für Hagen vier ganze Stellen aus. Die Schulen seien auch schon ausgewählt worden, die diese Lehrerstellen hätten ausschreiben dürfen. Längerfristig werde es so sein, dass an jeder offener Ganztagschule dieser Stellenanteil zur Verfügung stehe und auch entsprechend ausgefüllt sein müsse im Stundenplan.

Herr Steuber weist darauf hin, dass die Zeitschiene bis zur Januarsitzung sehr kurz sei. Die Verwaltung habe in den letzten Tagen eine Auswertung für die Starter-Schulen I vorgenommen. Diese habe ergeben, dass 62% keinen Beitrag für die OGS zahlten. Herr Kortmann habe darauf hingewiesen, dass der kommunale Anteil in den Folgejahren bei ca. 1,3 Millionen Euro pro Jahr liegen werde.

Daher sei es vonnöten, sich für die Zukunft über eine neue sozial ausgewogene Staffelung sehr intensiv Gedanken zu machen. Hierbei sei auch über die Übernahme der Essensbeiträge nachzudenken. Insgesamt wolle man doch eine für alle zufriedenstellende Lösung finden.

Er schlägt vor, eine neue Diskussion über dieses Thema erst im Februar zu führen.

Herr Strüwer ist damit einverstanden und geht davon aus, dass die Verwaltung bemüht sei, die aufgezeigten Probleme an den Offenen Ganztagschulen umgehend zu lösen.

Er habe dem Bericht auch den Wunsch entnommen, dass an dieser entscheidenden Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule auch die Kooperationspartner mit ins Boot genommen würden, wenn es um die Beratung allgemeiner wichtiger Grundlagenentscheidungen ginge. Er fragt Herrn Kortmann, ob dieser eine solche Lösung für möglich halte.

Herr Kortmann unterstützt den Vorschlag von Herrn Fischer, dass sich aus den verschiedenen vorhandenen Gruppierungen in einem neuen Gremium jeweils ein Mitglied fände, dass diese gemeinsame Arbeit sicherstelle.

Herr Schledorn regt an, die gezeigten Folien als Anlage dem Protokoll beizufügen.



Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Starter I-Schulen zur Kenntnis.

Eine zweite Lesung erfolgt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.02.06.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen.**
Hier: Wegfall freiwilliger Leistungen beim Schulpsychologischen Dienst (55/M 07)
Vorlage: 1085/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer schildert die Entwicklung der Diskussion in Sachen „Wegfall freiwilliger Leistungen beim Schulpsychologischen Dienst“.

Bei dieser neuen Vorlage seien 78.700 € zusätzlich an anderer Stelle in diesem Bereich einzusparen. Er richtet die Frage an die Verwaltung, wie und wo man dies leisten wolle.

Herr Dr. Schmidt berichtet, man habe mit Herrn Steinkamp nochmals ausführlich die Besetzungslage und den Konsolidierungsauftrag diskutiert.

Entsprechend der Vorlage würden ab 2006 50% von A 14 entfallen. Dies entspreche dem Konsolidierungsbeitrag.

Weiterhin schlägt er vor, die Stelle der Verwaltungskraft nach einem Jahr der Umsetzung zu überprüfen. Hier stecke der erste Konsolidierungsvorschlag drin. Bezüglich des Punktes 4 könne er zur Zeit keinen konkreten Vorschlag machen.

Bei entsprechender Beschlussfassung bestehe jedoch die Verpflichtung, 78.000 € an anderer Stelle einzusparen. Er sichert zu, den zu machenden Vorschlag nachrichtlich zu übermitteln.

Herr Reinke macht den Vorschlag, die Verwaltungskraft sofort einzusparen und die Situation nach einem Jahr zu überprüfen.

Herr Steuber hält dem entgegen, dass der zunächst gemachte Vorschlag der Verwaltung in der ersten Vorlage deutlich anders aussah. Man habe auch sehr



deutlich gemacht, dass es diese Vorlage nicht gebe, ohne dass Auswirkungen für die Bürger, die Dienstleistungen und das Beratungsangebot des Sozialpädagogischen Zentrums damit verbunden seien. Der Schulpsychologische Dienst sei ein wesentlicher Baustein im Beratungsangebot des Sozialpädagogischen Zentrums. Wenn man dieses Angebot in der jetzigen Form beibehalten wolle, müssten die Gutachten auch nach europäischem Standard von einer unabhängigen Stelle geschrieben und die Sekretariatsstelle beibehalten werden. Man sei ja bereit, das nach einem Jahr kritisch zu überprüfen.

Frau Köppen ist der Meinung, dass die Vorlage gut gelungen sei. Sie würde dem so zustimmen.

Herr Strüwer bemerkt, es sei bisher in diesem Ausschuss immer gängige Praxis gewesen, im eigenen Bereich Kompensationsmöglichkeiten zu finden. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, an dem man zum ersten Mal andere Bereiche in Erwägung ziehe.

Er gibt zu bedenken, es sei die gleiche Verwaltung gewesen, die gesagt habe, man könne durch eine Heranführung an die Beratungsdienste räumlich Synergieeffekte schaffen. In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses habe man besonders darauf Wert gelegt, dass der psychologische Anteil stärker gewichtet werden sollte. Aufgrunddessen sei der Einsparvorschlag hier entsprechend reduziert worden.

Herr Dr. Schmidt ergänzt, die Verwaltung verpflichte sich, bis zur Ratssitzung am 02. März 2006 diesen Vorschlag über den Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

Herr Strüwer möchte den Vorschlag von Herrn Reinke aufgreifen.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass es das klare Ziel der Verwaltung sei, zu versuchen, diese Verwaltungskraft zu kompensieren.

Frau Klos-Eckermann bittet darum, den Beschlussvorschlag so anzunehmen, wie er hier formuliert sei und den Vorschlag von Dr. Schmidt mitaufzunehmen. Nach einem Jahr solle die Stelle der Verwaltungskraft überprüft werden.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass noch eine zusätzliche Beratungsmöglichkeit dieser Angelegenheit im Schulausschuss gegeben sei.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.



Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. **Grundstück Römershof (für den Bau einer Kindertageseinrichtung vorgesehene Fläche)**
Vorlage: 1044/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer führt aus, dass ihm bei dieser Vorlage aufgefallen sei, dass man hier in einem Gewissenskonflikt sei. Auf der einen Seite sei man froh für jede Familie, die in Hagen ansiedele. Andererseits sei es natürlich auch wichtig, Flächen für den Gemeinbedarf vorzuhalten. Hier seien in Richtung Tagesbetreuung bestimmte Bedarfe hochgerechnet worden. Er richtet die Frage an die Verwaltung, ob geprüft worden sei, ob eine alternative Fläche vorhanden sei.

Herr Steuber erklärt, dass die Verwaltung in dieser Vorlage deutlich gemacht habe, dass das Vorhalten des ausgewiesenen Grundstücks für den Bau einer Kindertageseinrichtung als notwendig gesehen werden. Wenn diese nach alternativen Grundstücken suchen solle, müsse ein entsprechender Auftrag an die Verwaltung ergehen.

Herr Schledorn bringt seine Empörung darüber zum Ausdruck, dass diese Vorlage im Stadtentwicklungsausschuss beraten wurde, ohne dass sich zuvor der Jugendhilfeausschuss eine Meinung dazu bilden konnte. Nur auf Bitte von Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses sei die Vorlage zurück an den Jugendhilfeausschuss verwiesen worden. Er bittet Herrn Steuber, dafür zu sorgen, dass im Gemeindevorstand darüber gesprochen würde, dass bei Vorlagen, in denen es um Angelegenheiten des Jugendbereiches ginge, der Jugendhilfeausschuss automatisch beteiligt würde.

Herr Reinke schlägt vor, einen Auftrag an die Verwaltung zu erteilen, zu prüfen, ob es eine alternative Fläche gibt.

Herr Fischer fragt sich, ob diese Thematik nicht in die Kindertagesstättenbedarfsplanung eingebettet werden müsse. Bei drohenden Schließungen von Einrichtungen leuchte ihm die Diskussion um einen Neubau einer Tagesstätte einrichtung nicht ein.

Herr Steuber weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss in diesem Einzelfall ausdrücklich gebeten worden sei, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Es gehe nur darum, ob die Fläche weiterhin bereitgestellt werden solle.

Herr Goldbach erläutert den Sinn von Bebauungsplänen als strategisches Instrument für die Bedarfsplanung von Flächen. Der Ausschuss müsse sich



überlegen, ob er auf diese Möglichkeit verzichten wolle, dort noch agieren zu können. Auch eine Ersatzfläche müsse planungsrechtlich dafür ausgewiesen werden.

Herr Decker ist der Meinung, dass das Grundstück nicht ohne gründliche Prüfung aufgegeben werden sollte.

Herr Grzeschista weist darauf hin, dass dieses Verfahren jetzt achteinhalb Jahre andauere und der Eigentümer habe nun ein Recht auf eine zügige Entscheidung.

Frau Klos-Eckermann stellt klar, dass der Eigentümer beim Kauf des Grundstücks über bestehende Planungen im Bilde gewesen sei.

Sie stellt fest, dass ihre Fraktion gegen eine Prüfung, ob sich im Quartier eine ähnlich gestaltete Fläche befinde, nichts einzuwenden hätte. Grundsätzlich sähe man jedoch vorab überhaupt keine Notwendigkeit, an dieser Lage etwas zu ändern.

Unter Berücksichtigung weiterer Wortbeiträge von Herrn Schledorn und Herrn Decker stellt Herr Strüwer folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses im März zu überprüfen, inwieweit eine alternative Grundstücksfläche im Einzugsbereich im Austausch eingesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. Förderung der Kinder- und Jugendarbeit

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.



Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss fordert die Landesregierung auf, die im Kinder- und Jugendfördergesetz festgelegte und zugesagte Summe auch in den Landeshaushalt ab 2006 einzustellen.

Die Initiativen und Überlegungen des Landesjugendrings zur eventuellen Vorbereitung einer Volksinitiative werden vom Jugendhilfeausschuss ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

Der Rat der Stadt Hagen wird gebeten, sich diesem Votum anzuschließen und es an die Landesregierung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11. **Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates**

Herr Decker möchte wissen, wie mit Schülern verfahren werde, die wochenlang nicht zur Schule kämen. Würden die Eltern rechtlich belangt? Würden diese zu Hause aufgesucht und wenn ja, von wem?

Frau Opitz weist darauf hin, dass dieses Problem in die Zuständigkeit der Schule falle. Sie beschreibt das angewandte Verfahren auf rechtlicher Grundlage des Schulpflichtgesetzes, das in diesen Fällen zum Tragen käme.

Herr Steuber berichtet, man habe in diesem Jahr den Versuch unternommen, die Zahl der hartnäckigen Schulverweigerer zu erfassen. Hier sei man auf die Zahl von 175 Schulverweigerern gekommen. Dies sei jedoch kein flächendeckendes Bild, weil nicht alle Schulen mitgemacht hätten.

Es gebe seit Anfang diesen Jahres ein Konzept, an dem man in einem Arbeitskreis arbeite, wie man angemessen mit diesem Problem umgehen könne. Zu gegebener Zeit werde das Konzept auch dem Schul- und dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden.

Ende des öffentlichen Teils: 18.05 Uhr

C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
Herr Reinke, Detlef	CDU
Herr Strüwer, Willi	CDU
Frau Klos-Eckermann	SPD
Frau Dannert, Ulrike	CDU
Frau Hirsch, Marina	SPD
Herr Schledorn, Jörg	SPD
Frau Köppen, Karin	Grüne
Herr Decker, Frank	BfH
Herr Gebauer, Michael	Caritas
Herr Fischer, Frank	Evang. Jugend
Herr Finkensiep, Michael	CVJM
Herr Grzeschista, Michael	AWO
Herr Beigeordneter Dr. Schmidt, Christian	Stadt Hagen
Herr Steuber, Gerd	Fachbereich Jugend & Soziales
Frau Opitz-Hildebrandt	Schulaufsicht
Herr Zorembsky, Joachim	Polizei
Herr Schurgacz, Johannes	Kath. Kirche
Frau Burg Ahrendt, Claudia	Jugendring
Burghardt, Christa	Kinderschutzbund
Herr Traut, Frederik	Jugendrat
Frau Lebuser, Christiane	Jugendrat
Frau Schulz, Ingrid	Tagesmütterwerk
Herr Kothe, Eckardt	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Pfarrer Sczukowski, Herbert	Evang. Kirche
Frau Andree, Renate	Tagesmütterwerk

Gez. Strüwer

Willi Strüwer

Vorsitzende/r

Gez. Krause

Sabine Krause

Schriftführer/in